

**URGENT ACTION**

# **FAST 25 JAHRE GUANTÁNAMO**

**USA**

UA-Nr: **UA-069/2026** AI-Index: **AMR 51/1256/2026** Datum: 1. Juli 2026 – as

**MUIEEN ADEEN ABD AL SATTAR**

**ISMAEL ALI FARAJ AL BAKUSH**

**GULED HASSAN DURAN**

Vor fast 25 Jahren trafen die ersten Häftlinge im US-Gefangenenlager von Guantánamo auf Kuba ein. Das Gefängnis machte seither durch unzählige Menschenrechtsverletzungen von sich reden. Noch immer sind dort 15 Menschen inhaftiert, darunter Muieen Adeen Abd al Sattar, Guled Hassan Duran und Ismael Ali Farah al Bakush. Die US-Behörden müssen unverzüglich ein Drittland finden, in dem die drei unter Achtung ihrer Rechte leben können, und sie dorthin überstellen.

Angesichts des 250. Jahrestags der Unabhängigkeitserklärung und des weiteren Gedenkens der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika muss auch der Inhaftierten in Guantánamo Bay auf Kuba gedacht werden.

Es ist fast 25 Jahre her, seit im Januar 2002 die ersten Häftlinge im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“ in Guantánamo eintrafen. Dieses Haftregime stand von Anfang an im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsnormen und tut dies bis heute. Weltweit sorgte die Missachtung grundlegender Prinzipien für Besorgnis, darunter die unbefristete Inhaftierung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren, Verfahren vor Militärkommissionen, die den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren nicht genügen, Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung sowie Straffreiheit für Verbrechen unter dem Völkerrecht.

Das Gefangenenlager in Guantánamo ist ein Schandfleck in der Geschichte und Gegenwart der Vereinigten Staaten. Präsident Donald Trump könnte etwas erreichen, woran seine Vorgänger gescheitert sind – indem er entschlossen handelt, um diese Situation und die Fälle der Häftlinge unter vollständiger Einhaltung des Völkerrechts zu bereinigen.

Die Überstellung von drei der 15 noch auf dem Stützpunkt inhaftierten Häftlinge muss dringend sichergestellt werden. Es handelt sich dabei um Muieen Adeen Abd al Sattar (Omar al-Farouq), einen Angehörigen der Rohingya, Guled Hassan Duran, einen Somalier, und Ismael Ali Faraj al Bakush, einen libyschen Staatsangehörigen. Alle drei befinden sich seit über zwei Jahrzehnten in US-Gewahrsam. Für sie alle hat die US-Regierung auf der Grundlage einer einstimmigen Entscheidung des US-Militärs, der Geheimdienste und der Strafverfolgungsbehörden die Verlegung aus Guantánamo genehmigt; sie sind sich jedoch immer noch inhaftiert und befinden sich in einer ungewissen Lage. Sie alle müssen nach entsprechenden Verhandlungen seitens der US-Regierung eine dauerhafte Aufnahme in einem Drittstaat finden.

Die US-Regierung muss sich damit auseinandersetzen, wie Menschenrechtsgrundsätze, darunter die Rechte auf Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde, im Gefängnis von Guantánamo Bay über Jahrzehnte missachtet wurden. Sie kann und muss diesem beschämenden Kapitel in der US-amerikanischen Geschichte ein Ende setzen.

## **HINTERGRUNDINFORMATIONEN**

Die umfassende „Kriegs“-Doktrin, die im Zuge der Terroranschläge vom 11. September 2001 (9/11) verabschiedet wurde, sowie die immer noch fehlende Bereitschaft der USA, internationale Menschenrechtsnormen auf das eigene Handeln anzuwenden, haben zu einer Reihe von Menschenrechtsverletzungen durch US-Staatsbedienstete geführt. Die improvisierte Einrichtung und der fortgesetzte Betrieb einer Haftanstalt auf dem US-Marinestützpunkt in Guantánamo Bay auf Kuba wurden zum Symbol dafür, dass es keiner der drei Gewalten der US-Regierung gelungen ist, die Einhaltung der Menschenrechte in der Politik und den Maßnahmen zur Terrorbekämpfung in den USA durchzusetzen.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 . BIC: BFS WDE 33XXX .

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Präsident George W. Bush erklärte unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September einen „Krieg gegen den Terror“ und legte seine Befugnisse als Oberbefehlshaber daraufhin sehr weit aus. Nur wenige Tage nach den Anschlägen verabschiedete der US-Kongress nach nur minimaler Debatte ein US-Gesetz zur Genehmigung des Einsatzes militärischer Gewalt (*Authorization for Use of Military Force – AUMF*), anstatt Grenzen zu setzen. Das Gesetz nimmt keinerlei Bezug auf Inhaftierungen oder Gerichtsverfahren, geschweige denn auf Menschenrechte, wird jedoch nach wie vor als Rechtsgrundlage für die Inhaftierungen in Guantánamo herangezogen. Erst ein Jahrzehnt später befasste sich der Kongress erneut mit der Inhaftigungsbefugnis, die er dem Präsidenten angeblich am 18. September 2001 erteilt hatte; im *National Defense Authorization Act* von 2012 bekräftigte er jedoch das Recht auf Inhaftierungen nach dem „Kriegsrecht“, anstatt diese in Frage zu stellen. 2013 versprach Präsident Barack Obama, sich für die Aufhebung der AUMF einzusetzen und den „dauerhaften Kriegszustand“ der USA zu beenden, scheiterte jedoch bei der Umsetzung dieser erklärten Verpflichtung.

Von den fast 800 Männern, die im Laufe der Jahre in Guantánamo Bay als „Kriegsgefangene“ festgehalten wurden, befinden sich nur noch 15 dort. Neun wurden vor Militärkommissionen angeklagt (darunter zwei, die verurteilt wurden und ihre Strafe verbüßen, sowie ein Mann, der für verhandlungsunfähig erklärt wurde); drei wurden weder angeklagt noch im Rahmen des behördenübergreifenden Verfahrens der Exekutive, das zur regelmäßigen Überprüfung der Inhaftierungen auf dem Stützpunkt eingerichtet wurde, zur Verlegung freigegeben. Bei diesem Verfahren wird allerdings nicht die Rechtmäßigkeit, sondern die von der Exekutive geltend gemachte Notwendigkeit der Inhaftierung überprüft. Drei weitere Männer, die ebenfalls nie angeklagt oder vor Gericht gestellt wurden, wurden im Rahmen dieses Verfahrens zur Verlegung aus dem Stützpunkt freigegeben: Muieen Adeen Abd al Sattar, ein staatenloser Angehöriger der ethnischen Gruppe der Rohingya, wurde am 9. Februar 2002 nach Guantánamo gebracht. Seine Verlegung wurde 2010 genehmigt. Ismael Ali Faraj al Bakush, ein libyscher Staatsangehöriger, befindet sich nach seiner Überstellung am 5. August 2002 seit fast 24 Jahren in Guantánamo. Seine Verlegung wurde 2022 genehmigt, wobei bei der Überprüfung durch die Exekutive eine „Neuansiedlung in einem Drittland mit starken Rehabilitationskapazitäten und Unterstützung bei der Wiedereingliederung sowie die Umsetzung umfassender Sicherheitsgarantien einschließlich Überwachung und Reisebeschränkungen“ empfohlen wurde.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

#### **FAXE, LUFTPOSTBRIEFE, E-MAILS ODER NUTZEN SIE DAS WEBFORMULAR MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Bitte setzen Sie sich dringend damit auseinander, dass Menschenrechtsgrundsätze, darunter die Rechte auf Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde, im Gefängnis von Guantánamo Bay über Jahrzehnte missachtet wurden. Sie können und müssen diesem beschämenden Kapitel in der US-amerikanischen Geschichte ein Ende setzen.

**ACHTUNG!** Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „[Brief International](#)“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### **APPELLE AN**

#### **PRÄSIDENT DER USA**

Donald J. Trump  
The White House  
1600 Pennsylvania Avenue, NW  
Washington, DC  
USA

(Anrede: Dear President Trump /  
Sehr geehrter Herr Präsident)

**Webformular:** <https://www.whitehouse.gov/contact/>

#### **KOPIEN AN**

#### **BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Herrn Alan D. Meltzer, Geschäftsträger a.i.  
Clayallee 170  
14195 Berlin  
**Fax: 030-83 05 10 50**  
**E-Mail: [BerlinPCO@state.gov](mailto:BerlinPCO@state.gov)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **20. August 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- I urge you to reflect now upon how human rights principles, including the rights to liberty, equality and human dignity, have been abandoned for decades at the Guantánamo Bay prison. You can and must end this shameful chapter of US history.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Guled Hassan Duran ist somalischer Staatsbürger und befindet sich seit mehr als 22 Jahren in US-Gewahrsam. Er wurde im März 2004 in Dschibuti festgenommen und in den folgenden zweieinhalb Jahren im Rahmen des geheimen Inhaftierungsprogramms festgehalten, das unter der Aufsicht von Präsident Bush von der CIA betrieben wurde. Dieses Programm sah Haftbedingungen und Verhörmethoden vor, die gegen das Verbot des Verschwindenlassens von Personen, der geheimen Inhaftierung, der Folter und anderer Misshandlungen verstießen. Bis heute genießen die Verantwortlichen für die im Rahmen dieses Programms begangenen völkerrechtlichen Verbrechen Straffreiheit. Im September 2006 wurde Guled Duran vom CIA-Programm an den US-Marinestützpunkt in Guantánamo verlegt. Im November 2016 wurde beim Bundesgericht in Washington, D.C. ein Antrag auf richterliche Haftprüfung eingereicht, um die Rechtmäßigkeit der Inhaftierung von Guled Duran anzufechten. Dieser Antrag ist ein Jahrzehnt nach seiner Einreichung und zwei Jahrzehnte nach seiner Überstellung nach Guantánamo immer noch anhängig. Berichten zufolge litt Guled Duran während seiner Haft unter schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen, die Notfallmaßnahmen erforderlich machten. Unterdessen kam die Exekutive in einem behördenübergreifenden Verfahren im Juli 2021 zu dem Schluss, seine „fortgesetzte Inhaftierung nach dem Kriegsrecht“ sei „nicht mehr erforderlich“. Im November 2021 wurde diese Feststellung von einem Überprüfungsausschuss bestätigt, der sich aus den Ministern für Verteidigung, Außenpolitik und Innere Sicherheit, dem Generalstaatsanwalt, dem Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabs und der Leiterin des Nationalen Nachrichtendienstes – allesamt Kabinettsmitglieder – zusammensetzte. Der Ausschuss erklärte, es würden „energische Anstrengungen“ unternommen, um „einen geeigneten Überstellungsort außerhalb der Vereinigten Staaten zu finden, vorbehaltlich angemessener Sicherheitsgarantien und der Zusicherung einer humanen Behandlung“. Im Mai 2026 beantragte Guled Duran beim Bundesberufungsgericht in Washington, D.C. die Anordnung seiner unverzüglichen Freilassung, da das für seine Haftprüfung zuständige Gericht nicht über seinen Fall entschieden habe und er weiterhin ohne Notwendigkeit und ohne absehbares Ende inhaftiert sei.

Während die USA den 250. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung begehen, die eine Zukunft im Zeichen der Achtung „bestimmter unveräußerlicher Rechte“ versprach, darunter die Rechte auf Gleichheit, „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück“, läuft die im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“ geschaffene Haftanstalt in Guantánamo Bay auf ihren 25. Jahrestag zu. Alle, die noch dort festgehalten werden, müssen in voller Übereinstimmung mit internationalen Standards einem fairen Gerichtsverfahren zugeführt oder unverzüglich freigelassen werden.

